

Mehr Europa im deutschen Interesse – die Krise als Chance nutzen Grundsatzthesen zu einer europäischen Zukunftsperspektive

Die europäische Staatsschulden-Krise, die mit ihr verbundenen Sorgen und Ängste sowie die bereits ergriffenen und noch zu treffenden Maßnahmen sind für uns Anlass und Grund, über die zukünftige Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses eine vertiefte Debatte zu führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich an dieser Debatte aktiv beteiligen. Die folgenden Thesen sind dazu ein erster Beitrag.

These 1

Die zentrale Herausforderung ist, die Stabilität unserer Währung auch in der Zukunft zu gewährleisten. Sie wird uns nur gelingen, wenn die Politik verloren gegangene Gestaltungsmacht zurückgewinnt. Dafür wiederum bedarf es der Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses, der Neubestimmung gemeinsamer Handlungsfelder sowie der Stärkung der europäischen Institutionen für den Bereich der gemeinsamen Währung. Ein andauerndes Hinterherlaufen und Getriebensein durch den Kapitalmarkt bedroht demokratische Politik fundamental, weil sie dadurch Respekt und Legitimation einbüßt.

Die Union in Rheinland und Westfalen-Lippe hat sich immer den europäischen Überzeugungen Konrad Adenauers verpflichtet gewusst. Sie weiß, dass die politische Einheit Europas eine historische Notwendigkeit ist – heute mehr denn je. Die Wirklichkeit, welche die Politik zu gestalten hat, ist transnational auf allen entscheidenden Gebieten. Die Entgrenzung schreitet immer schneller voran. Dieser Prozess der Globalisierung hat in Europa infolge der Industrialisierung sehr viel früher begonnen als anderswo. Europa kann erfolgreich darauf nur gemeinsam eine Antwort finden.

In dem voranschreitenden europäischen Einigungsprozess drückt sich die Suche nach einer zeitgemäßen Organisationsform von Politik aus. Es geht darum, politische Handlungsmacht gegenüber den transnationalen Kräften, vor allem der Wirtschaft, und hier besonders der Finanzwirtschaft, zurückzugewinnen, und zwar, um das deutsche wie das europäische Ideal einer menschenwürdigen Ordnung eines Gleichgewichts von Freiheit und Gerechtigkeit auch unter den Bedingungen der Globalisierung verwirklichen zu können.

These 2

Die Rettungshilfe für Griechenland zielt darauf ab, die Einheit der Währungsunion zu erhalten und klarzustellen, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone die gemeinsame Währung verteidigen. Dabei geht es um die Vermeidung der so genannten „Ansteckungsgefahr“ auf andere Länder und letztlich die Weltwirtschaft und damit um die Wahrnehmung eigener deutscher und europäischer Interessen.

In der gegenwärtigen Diskussion um den Euro wird leicht übersehen, dass der Euro seit seinem Bestehen ein noch höheres Maß an innerer wie äußerer Stabilität bewiesen hat als die D-Mark. Allerdings haben sich die Vorkehrungen im Stabilitätspakt als unzulänglich erwiesen, eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik sicherzustellen und damit die Stabilität des Euro-Währungsraumes dauerhaft zu gewährleisten. Dazu haben die meisten Mitgliedsländer des Euro durch ihre weit über die Stabilitätskriterien des Paktes hinausgehende Verschuldung beigetragen – zeitweise auch Deutschland. Deutschland hat unter Bundeskanzler Schröder gemeinsam mit Frankreichs Präsident Chirac den Pakt sogar aufgeweicht. Die übermäßige Verschuldung vieler Euro-Länder hat zu der Euro-Krise geführt. Ausgelöst wurde sie allerdings nicht nur durch die dramatische Lage einiger Mitgliedsländer, sondern auch durch die krisenhafte Entwicklung der US-Wirtschaft und fehlerhafte Reaktionen der amerikanischen Politik hierauf.

Zentrales Motiv der Rettungshilfen für Griechenland ist die reale Gefahr eines Übergreifens der Zweifel an der Zahlungsfähigkeit anderer großer Euro-Länder. Ein Kollaps dieser Länder hätte auf alle Euro- und EU-Länder katastrophale Auswirkungen. Dies gilt insbesondere für Deutschland aufgrund der starken volkswirtschaftlichen Bedeutung der Exportwirtschaft und dem hohen Anteil des Exports in die EU-Länder von rund 60 Prozent. Da die EU nach den USA der zweitgrößte weltwirtschaftliche Faktor ist, wäre aber letztlich die gesamte Weltwirtschaft betroffen.

These 3

Die Europäische Union ist eine politische Schicksalsgemeinschaft, weil die Europäer aufeinander angewiesen sind. Notwendige Bedingung für europäische Solidarität ist Eigenverantwortung der Mitgliedsländer. Davon kann kein Land dispensiert werden. Darum muss auch Griechenland die zugesagten Stabilisierungsmaßnahmen verwirklichen, um weiter die Solidarität der anderen Länder in Anspruch nehmen zu können.

Die Krise hat deutlich gemacht: Entweder haben alle Europäer eine gemeinsame Zukunft oder gemeinsam keine Zukunft. Aus dieser Tatsache gilt es, Konsequenzen zu ziehen, und zwar institutionelle, die eine Wiederholung der Krise verhindern.

Damit ist begonnen worden. Die hoch verschuldeten Länder erhalten Garantieleistungen, doch nur unter der Bedingung strikter Stabilitätspolitik. Diese betreiben sie jetzt auch konsequent, auch Griechenland muss diesen Nachweis erbringen. Andere Staaten mit übermäßigem Haushaltsdefizit haben ebenfalls mit dem Konsolidierungskurs begonnen. Spanien hat eine Schuldenbremse bereits eingeführt. Diese Maßnahmen sind in allen Mitgliedsländern unverzichtbar. Sie sind Ausdruck des Prinzips der Eigenverantwortung, ohne das Europa nicht funktionieren kann. Die Einhaltung des Prinzips der Eigenverantwortung der einzelnen Länder ist die Bedingung europäischer Solidarität.

Aus der tatsächlichen Haftungsgemeinschaft Euro wird so eine auf Eigenverantwortung beruhende institutionalisierte Solidargemeinschaft, in welcher sich die Leistung „Hilfe durch Garantien“ und die Gegenleistung „Stabilitätspolitik“ im Interesse von Nehmer- wie Geberländern entsprechen. Eine Situation wie sie in Deutschland mit dem Länderfinanzausgleich besteht, darf es in Europa nicht geben.

These 4

Um den Euro dauerhaft stabil und krisenfest zu machen, bedarf es einer Vollendung der Europäischen Währungsunion, indem die gemeinsame Währung eingebettet wird in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um eine funktionierende europäische Stabilitäts- und Wachstumspolitik zu gewährleisten, müssen außerdem handlungsfähige Institutionen sowie effektive Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen entwickelt werden, die schrittweise in das Gemeinschaftseuropa münden.

Als Lehre aus den Katastrophen der Weltkriege haben nach 1945 weitsichtige Frauen und Männer beschlossen, nicht nur künftig das Gegeneinander zu verhindern, sondern auch das Miteinander der europäischen Völker zu organisieren – und zwar durch gemeinsame Institutionen. Diese bezogen sich von der Begründung der Europäischen Gemeinschaft für

Kohle und Stahl bis zur Währungsunion von Anfang an und insbesondere auf den wirtschaftlichen Bereich.

Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich dazu gehörender Institutionen und Verfahren einzubetten. Dieses Versäumnis muss korrigiert werden, der Euro muss vollendet werden. Der Stabilitätspakt hat sich hierfür als nicht tragfähig erwiesen. Die zahllosen Koordinierungsversuche der Wirtschaftspolitik sind im Wesentlichen wirkungslos geblieben. Auch Sparen allein reicht nicht, um die aktuelle Krise zu überwinden und eine Wiederholung zu vermeiden. Es bedarf jetzt struktureller politischer und institutioneller Reformen. Dafür bietet der Vertrag von Lissabon heute noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten.

Im Kern geht es aber darum, die Europäische Währungsunion zu vollenden, um die dauerhafte Stabilität des Euro zu gewährleisten. Dies ist ohne Änderungen der europäischen Verträge letztendlich nicht möglich. Europa muss um seiner selbst willen dazu bereit sein. Die CDU ist es.

These 5

Die Fortentwicklung der Europäischen Union hin zu einer handlungsfähigen Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft geht einher mit der Übertragung von Souveränitätsrechten. Diese Souveränitätsübertragung dient der Erhaltung politischer Gestaltungsmacht und liegt daher in unserem nationalen Interesse. Sie muss allerdings durch eine verbesserte demokratische Legitimation auf der nationalen und europäischen Ebene begleitet werden.

Eine gemeinsame europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik ist verbunden mit der Übertragung von Souveränitätsrechten. Dies bedeutet jedoch nicht die Preisgabe nationaler Handlungsmacht. Denn die einzelnen europäischen Mitgliedsländer besitzen keine wirkliche Handlungsmacht gegenüber dem globalen Kapitalmarkt. Souveränitätsübertragung in diesem Bereich ist daher in Wahrheit die Erhaltung politischer Gestaltungsmacht unter den Bedingungen der Globalisierung. Die europäische Verbindung ist darum die zeitgemäße Form nationaler Interessenwahrnehmung. Selbstverständlich erfordert die Ausübung von Souveränität demokratische Legitimation und Kontrolle. Daher gilt es, die demokratischen Institutionen sowohl auf der europäischen wie auf der nationalen Ebene zu stärken. Der Deutsche Bundestag muss seine Rolle sowie die Art und Weise der Beteiligung an der Willensbildung im Hinblick auf europäische Entscheidungen fortentwickeln, um einem faktischen Machtverlust vorzubeugen und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit

Deutschlands in Europa zu sichern. Notwendig ist in der Sache zudem eine vertiefte nationale wie europäische Debatte über die inhaltliche Ausrichtung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik. Über das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen liberaler Wirtschaftsordnung und solidarischer Gesellschaftsordnung herzustellen, besteht Einvernehmen. Die konkrete Gestaltung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Europäisierung muss jedoch noch geklärt werden.

These 6

Die Vollendung der Währungsunion gibt dem europäischen Projekt neuen Auftrieb. Daraus erwächst die Handlungsfähigkeit Europas auch auf anderen Politikfeldern, die die europäischen Staaten wirksam gegenüber Anderen nur gemeinsam gestalten können.

Zu einer politischen Union gehört ganz entscheidend eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offenkundig, dass die Fragen, die sich für die Union wie für alle ihre Mitglieder im Verhältnis zur übrigen Welt stellen, mindestens genauso wichtig sind wie die in ihrem Inneren. Sie sind nicht voneinander zu trennen. So lassen sich zum Beispiel weite Teile einer Finanz- und Wirtschaftsordnung wirksam nur global neu regeln. Entwicklung und Migration hängen zusammen. Sie sind eine Herausforderung für ganz Europa und nicht nur für einzelne seiner Völker. Das gilt auch für die ebenso drängende wie faszinierende Herausforderung, den arabischen Nachbarn Europas zu helfen, das Ziel zu erreichen, für das sie soeben so eindrucksvoll gekämpft haben: ein Leben in Würde und Freiheit. Auch eine Lösung der großen Umweltprobleme ist nur möglich, wenn sie von allen Mitgliedern der Staatengemeinschaft angegangen wird. Angesichts der erheblichen Veränderungen des globalen Machtgefüges können die europäischen Völker nur noch gemeinsam ihre Interessen durchsetzen.

Die Bürger in Deutschland wie in ganz Europa haben Ängste vor dem Verlust jeglicher Sicherheit – der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit sowie des nationalen Selbstverständnisses. Wenn wir uns von Ängsten leiten lassen, haben wir schon verloren. Mehr denn je sind darum heute verantwortliche Politik und politische Führung gefragt. Unsere Aufgabe ist es, konkreter und anschaulicher als bisher zu zeigen, dass die Europäische Union die Antwort der Europäer auf die Globalisierung ist, um politische Handlungsmacht nach innen wie nach außen wiederzugewinnen. Nur so wird uns die Selbstbehauptung Europas unter den Bedingungen der Globalisierung gelingen.